











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Während die CDU/CSU weiterhin einem Tabakwerbeverbot skeptisch gegenübersteht, ist die SPD für ein Verbot. Die Bruchlinien gehen quer durch die Parteien. Zudem variieren die Standpunkte etwas je nach Sachthema.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Linke moniert die Verzögerung beim Tabakwerbeverbot, während die Grünen keine erneute Positionierung erkennen lassen. Die FDP zeigte sich im Beobachtungszeitraum offen für die Belange der E-Zigarette.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Länderkammer hat sich im Beobachtungszeitraum nicht mit Tabak- oder E-Zigarettenpolitik befasst. Standort-Länder wie Hamburg sind jedoch auf die Belange der E-Zigarette sensibilisiert.	
Verwaltung	Das BMEL plant die Einführung eines Mentholverbotes für E-Zigaretten ab 2020. Damit setzt das Ministerium die E-Zigarette mit Tabak gleich. Der Verordnungsentwurf muss jedoch noch vom Bundesrat verabschiedet werden und das EU-Notifizierungsverfahren bestehen.	
Fachcommunity	Die Fachcommunity bedient im Beobachtungszeitraum Befürworter wie Gegner der E-Zigarette. Nachrichten über die Stagnation der E-Zigarette in UK sind u.a. dem raschen Wachstum der vergangenen Jahre geschuldet, während tabakkritische Staaten die E-Zigarette sich offener ggü. der E-Zigarette zeigen. Jedoch schwächen Berichte über Schadstoffe im Dampf und ein Wandel der Konsummotive den Harm Reduction-Ansatz.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 11.03.2017, 09.03.2017, 07.03.2017

Meldung: Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hält an seinem Plan zur Einführung des Mentholverbotes fest. Der nun vorliegende Entwurf zur 2. Änderung der Tabakerzeugnisverordnung sieht u.a. die Einführung des Mentholverbotes zu 2020 vor. Jedoch wurde der Entwurf noch nicht in den Bundesrat eingebracht. Aus der Reihe der Bundesländer rechnet man derzeit mit einer ersten Befassung in der Länderkammer am 12. Mai. Hamburg ist für die Belange der E-Zigarette sensibilisiert und informiert. Ebenso ging noch

vor der Veröffentlichung des BMEL-Entwurfes ein Schreiben des BfTG an alle Mitglieder des zuständigen Bundsratsausschusses mit fachlichen Argumenten gegen ein Menthol-Verbot und der expliziten Aufforderung, sich gegen ein Verbot auszusprechen.

Einordnung/Empfehlung: Mit dem Mentholverbot zu 2020 setzt das BMEL die E-Zigarette mit der Tabak-Zigarette gleich. Bei der TPD2 war das Mentholverbot schon vorher auf 2020 festgelegt worden. Anders [Großbritannien](#), das Menthol nur bei Tabak ab 2020 verbietet. Bezüglich einer möglichen weiteren Gleichbehandlung von nikotinhaltigen und -freien Produkten (z.B. Kennzeichnung) wird eine juristische Einordnung empfohlen.

Sollte es im Mai zu einer Befassung des Bundesrates kommen, hätte dieser noch 3 Sitzungen bis zur Bundestagswahl. Damit wird das Zeitfenster enger, wenn die Regierung die Verordnung in dieser Legislaturperiode erlassen will. Denn die Regulierung ist notifizierungspflichtig (S. 10). Die EU hat die Möglichkeit den Entwurf zu verzögern und auf Änderungen hinzuwirken. Sie hat eine drei monatige Prüfungszeit, in der die Bundesrepublik, die geplante Rechtsvorschrift noch nicht in Kraft setzen darf (zum [EU-Notifizierungsverfahren](#)).

Da es sich um eine Verordnung handelt und nur der Bundesrat betroffen ist, greift das sog. [Diskontinuitätsprinzip](#) nicht. Das heißt der Bundesrat kann sich auch nach der Bundestagswahl weiter mit der Verordnung befassen und sie kann auch von der neuen Bundesregierung erlassen werden.

Die Kombination aus Notifizierungsverfahren und dem Wegfall der Diskontinuität bietet Ansätze für Lobbyaktivitäten. Es besteht die Möglichkeit, dass die Tabakwirtschaft über Lobbying ihrer E-Zigaretten-Töchter versucht, die gesamte Verordnung zugunsten der Tabak-Zigarette zu kippen. Auch sind die Besonderheiten der kommenden Wahlkampfphase (Auswirkung des Wahlkampfes auf die Tagespolitik) sowie das Risiko des Überlobbying zu berücksichtigen. Es wird empfohlen, den Prozess zu beobachten und für den Bedarfsfall Vorbereitungen zu treffen (z.B. Networking, gesondertes Positionspapier).

Was eine zu strikte Regulierung bedeuten kann, zeigt sich in der Schweiz: [Medien](#) berichten, dass dort Händler Nikotin (illegal) selbst den Liquids beimischen, da ein Nikotinverbot für E-Zigaretten gilt und die Konsumenten auf die erlaubte ausländische Ware im Eigenimport zurückgreifen. Ein Fakt, der bei Gesprächen als Negativbeispiel angebracht werden kann.

Quelle: bmel.de, Hintergrundgespräch

2.2. Bundestag

Datum: 10.03.2017

Meldung: Bündnis 90/Die Grünen haben den Entwurf ihres Bundestagswahlprogramms vorgestellt. Tabak- und E-Zigarette werden nicht explizit behandelt. Im Kontext der Cannabis-Politik fordern die Grünen Prävention und Jugendschutz, thematisieren ansonsten keine suchtpolitischen Issues. Die Grünen warnen nur vor einer Aufweichung von nationalen Regeln wie z.B. Bildwarnhinweise auf Tabakpackungen durch Handelsabkommen.

Einordnung/Empfehlung: Der Entwurf wird auf dem Programmparteitag vom 16.-18.06.2017 in Berlin final diskutiert und das Wahlprogramm beschlossen. Mit Blick auf vergangene Bundestagswahlen ist damit zu rechnen, dass die Tabakbranche versuchen wird, ihre Belange in die Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP und SPD einzubringen. Es wird empfohlen, die Möglichkeit der Berücksichtigung der Belange der E-Zigarette in den Programmen zu sondieren, bevor diese verabschiedet werden. Beziehungsweise wären die fer-

tigen Wahlprogramme der Parteien abzuwarten und daraufhin konzertiert Bundestagskandidaten anzusprechen. Die CDU/CSU erarbeitet ihr Programm bis Juli. Die FDP, die sich offen für die Belange der E-Zigarette zeigt, plant die Abstimmung im April, die SPD voraussichtlich im Juni.

Quelle: gruene.de

Datum: 09.03.2017, 07.03.2017, 06.03.2017, 03.03.2017, 01.03.2017

Meldung: Die Bundesregierung hat auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Die Linke geantwortet. Darin führt sie u.a. die durch den Tabakkonsum generierten an – verweist aber darauf, dass keine eigenen Erhebungen vorliegen. Laut dem zitierten DKFZ-Tabakatlas ergeben sich 22,76 Mrd. € Kosten durch Rauchen und 1,01 Mrd. € durch Passivrauchen (S. 3). Die meisten Kontakte auf Leitungsebene in BMEL, BMWi, BMG, BMF, BMAS, BMJV und Kanzleramt von 2014-2017 wiesen der DZV und BAT auf (S. 5f.). Zudem trat Fontem Ventures, die E-Zigaretten-Tochter von Imperial, das erste Mal mit Lobbying in Erscheinung.

Die Bundesregierung begründet Änderung der Außenwerberegulierung mit dem Fachhandel: Die Zulässigkeit von Außenwerbung an den Gebäudeaußenseiten von Ladengeschäften solle insbesondere den kleineren Einzelhandelsunternehmen die Kundengewinnung im öffentlichen Raum in unmittelbarer Ladennähe ermöglichen. Die Verlängerung der Tabakaußenwerbung von 2018 auf 2020 wird mit der Umstellung der Kommunen (Vermietung von Werbeflächen) und Tabakwirtschaft begründet (S. 12). Bei der Abwägung von Gesundheitsschutz mit konkurrierenden Freiheitsrechten (Berufs-, Verhaltensfreiheit etc.) verweist die Bundesregierung auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen.

Weiterhin verhindert eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um Volker Kauder (Fraktionsvorsitzender), Michael Grosse-Brömer (Parlamentarischer Geschäftsführer) und Michael Pfeiffer (wirtschaftspolitischer Sprecher) die Befassung des Bundestags mit dem Tabakwerbeverbot. Aber auch einige SPD-Bundestagsabgeordnete sind gegen ein solches Verbot. Kritik kommt u.a. von [Frank Tempel](#) (MdB), drogenpolitischer Sprecher von Die Linke im Bundestag. Der tabakpolitische Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion [Rainer Spiering](#) (MdB) führte derweil diverse Gespräche zum Thema Tabakwerbeverbot und Jugendschutz. Spiering galt bislang als eher skeptisch ggü. den Forderungen der Tabakindustrie.

Mittlerweile protestieren Nichtrauchergruppen erneut gegen die Blockade: Das „[Forum Rauchfrei](#)“ schrieb einen offenen Beschwerdebrief an Michael Köhler, den zuständigen Referenten des BMEL. Laut dem „Forum Rauchfrei“ lotet der „Bundesverband der Tabakwarengroßhändler und Automatenaufsteller“ (BDTA) derzeit mit dem BMEL eine einheitliche Lösung bzgl. der Produktkarten aus, die in Läden Warnhinweise verdecken (siehe Report 39, 37, 35). Und während eine [Ärzteinitiative](#) eine Protestfax-Aktion gegen Volker Kauder startete, moniert der „[Ärztliche Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit](#)“ das Verhalten des CDU/CSU-Wirtschaftsflügels

Einordnung/Empfehlung: Die von der Bundesregierung angeführten Kosten durch das Rauchen lassen sich in Stakeholdergesprächen anführen – und die E-Zigarette als eine Lösungsoption erscheinen. Die angegebenen Treffen des Regierungsapparates mit der Tabakwirtschaft stellen nur einen Bruchteil dar. Es gib ferner Gespräche auf der Arbeitsebene sowie mit untergeordneten Behörden. Zudem nutzt die Tabakbranche Veranstaltungen und „neutrale“ Absender, um Botschaften bei Ministerialbeamten, Entscheidungsvorbereitern und

Politikern zu platzieren. Auch die [Weltbank](#) hat kürzlich Informationen über die Kosten des Rauchens publiziert.

In diesem Kontext ist besonders darauf zu achten, dass seitens der Branche Kritikern keine Argumente geliefert werden. Der E-Zigarettenexperte [Dr. Farsalinos](#) weist in seinem Blog auf Beispiele hin. Einzelfälle – auch aus dem Ausland – spielen Kritikern die Hände.

Die Protestaktionen der Tabakgegner haben eher bedingte Auswirkungen. Sollte der BDTA Erfolg bei seinen Verhandlungen mit dem BMEL haben, wäre dies ein Anlass, im Falle einer Beschränkung der Online-Kundenkommunikation auf die Möglichkeiten des Tabakhandels und der daraus resultierenden Asymmetrie zugunsten der Tabak-Zigarette hinzuweisen.

Quelle: [bundestag.de](#), [spiegel.de](#)

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Siehe Abschnitt 2.1.

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 06.03.2017, 01.03.2017

Meldung: Die schottische Regierung erwägt eine Werberegulierung bei E-Zigaretten. Diese könnte über TPD2 hinausgehen, so Beobachter. Dafür ist eine öffentliche Konsultation geplant. Bis zum 03.05.2017 können Interessierte ihre Stellungen zu Außenwerbung, Sponsoring, Preisgestaltung und dergleichen abgeben. Die schottischen Regeln könnten sogar strikter als die englische Regulierung ausfallen.

Das britische Unterhaus fasst derweil Anzeichen möglicher Regulierungslücken bei der E-Zigarette ins Auge. Das „Science and Technology Committee“ will sich dabei auch mit dem gemeinsamen Auswirken von Politik und Wissenschaft auf den Konsum befassen.

Einordnung/Empfehlung: Schottland galt bislang als E-Zigaretten freundlich gesinnte Region. Eine Werberegulierung hätte –auch wenn sie der in Deutschland ähneln sollte – Symbolwirkung. Ähnlich wie bei Tabak zeichnet sich eine schrittweise, zwischen den EU-Staaten eher unkoordinierte E-Zigarettenregulierung ab, die auch Wettbewerbsverzerrungen mit sich bringen kann. Dies gilt es weiter zu verfolgen und im Bedarfsfall einzugreifen.

Quelle: [ecigintelligence.com](#), [dailymail.co.uk](#)

Datum: 06.03.2017, 28.02.2017

Meldung: Die österreichische Familienministerin setzt sich weiterhin für ein Mindestabgabalter bei Tabakprodukten von 18 Jahren ein. 82% der Bürger befürworten dies. Eine Vorentscheidung soll am 30./31.03.2017 bei der Jugendministerkonferenz fallen. Derweil hat der Schweizer Bundesrat ein neues Tabaksteuergesetz verabschiedet, während Zigaretten nicht höher besteuert werden sollen, steigt die Steuer auf Shisha-Tabak. Die Schweiz will damit große Preisdifferenzen – und den damit verbundenen Schmuggel – vermeiden.

Einordnung/Empfehlung: Österreich schließt derzeit an den Regulierungsstandard der anderen EU-Staaten an. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die E-Zigarette auch mitreguliert wird.

Quelle: ots.at, telebasel.ch, pressreader.com

Datum: 06.03.2017, 03.03.2017, 02.03.2017, 01.03.2017

Meldung: Kanada plant, die Raucherquote bis 2035 auf unter 5% zu senken. Neben klassischen Instrumenten (höheres Abgabalter, Verringerung der Verkaufsstellen) fasst die Regierung auch den Wechsel von Raucher zur E-Zigarette ins Auge. Sie verfolgt die Entwicklung der E-Zigarette als risikoärmere Tabak-Alternative zum Rauchstopp aufmerksam. Eine Konsultation läuft noch bis 13.04.2017.

Auch in Neuseeland, das des Tabakkonsum gänzlich abschaffen möchte, gibt es erste Stimmen in der Politik, die E-Zigarette dafür zu fördern. Anders Japan: Nach Protesten aus der Gastronomie-Branche und der Regierungspartei LDP rückt das Gesundheitsministerium in Japan von seinem Plan für ein komplettes Rauchverbot in allen Gebäuden ab. Der neue Entwurf sieht ein Rauchverbot in alle öffentlichen Einrichtungen vor, verzichtet aber auf ein Verbot in Gastronomiebetrieben von bis zu 30m².

Einordnung/Empfehlung: Die Beispiele zeigen, dass tabakkritische Staaten die E-Zigarette nicht per se als Alternative abschreiben. Die in Japan angedachte Lösung ähnelt den Nichtraucherschutzgesetzen der deutschen Bundesländer, die mittlerweile breite Akzeptanz gefunden haben. Während die Entwicklungen Kanada und Neuseeland in Gesprächen als Positivbeispiele erwähnt werden können, wird im Fall der Nichtraucherschutzgesetzgebung die weitere Beobachtung in Deutschland und im Ausland empfohlen.

Quelle: theglobeandmail.com, nacsonline.com, canada.ca, newshub.co.nz, nzherald.co.nz, sumikai.com, ft.com

2.5. Fachcommunity

Datum: 10.03.2017, 09.03.2017, 08.03.2017

Meldung: Ein Team um Prof. James Pankow (Portland State University) identifizierte krebs-erregende Benzole im Dampf von Liquids, die Propylenglykol, Glycerin, Benzoesäure, Benzaldehyd und Nikotin enthalten. Die gemessenen Werte seien um das Tausendfache höher als in der Umgebungsluft – jedoch 50-100mal niedriger als bei Tabak-Zigaretten. Die Tests seien mit für Dampfer realistischen Einstellungen der E-Zigarette unternommen worden, so die Autoren. Pankow rät, E-Zigaretten nicht auf hohen Leistungsstufen zu nutzen.

Einordnung/Empfehlung: Das Team nutzte für die Tests 3 E-Zigarettentypen. Der bekannte E-Zigarettenexperte Dr. Fasalinos kritisiert das Studiendesign. Das Testmodell von [JUUL](http://JUUL.com) habe außergewöhnlich hohe Nikotin- und Benzoesäureanteile. Das Modell [EVOD](http://EVOD.com) sei mit

großer Leistung betrieben worden, die in der Praxis nicht genutzt werde und außerhalb der Herstellerempfehlungen liege. Zudem wiesen die von den Forschern gemischten Liquids höhere Anteile an Benzonsäure auf als kommerzielle Produkte (9 mg/L vs. 0.02-2 mg/mL).

Die Ergebnisse spielen Kritikern in die Hände. Es wird daher empfohlen, Stakeholder und Öffentlichkeit über die Schwächen der Studie aufzuklären, z.B. im Blog oder bei Gesprächen.

Quelle: journals.plos.org (Studie), ecigarette-research.org, medicalxpress.com, mirror.co.uk,

Datum: 07.03.2017, 01.03.2017

Meldung: Die britische Statistikbehörde hat eine Erhebung zur Entwicklung des Tabakkonsums herausgegeben. Die Raucherquote lag demzufolge 2015 bei 17,5%, die geringste Quote seit Beginn der Erhebung im Jahr 1974. Der Bericht befasst sich auch mit der E-Zigarette – jedoch mit zwiespältigen Ergebnissen: Etwa die Hälfte der Dampfer gibt dabei an, die E-Zigarette zum Tabakstopp zu nutzen. 22% schätzen das geringere Risiko im Vergleich zu Tabak. Nur 10% geben den günstigeren Preis als Grund an. Die größte Nutzergruppe ist die der 35-49jährigen. Jedoch rauchen Dampfer, die parallel auch Tabak konsumieren, etwas mehr Zigaretten als Nur-Raucher (11,8 vs. 11,3 Zigaretten/Tag). Raucher, die das Dampfen aufgegeben haben konsumieren ebenso mehr Tabak als Nur-Raucher (12,2 vs. 10,6 Zigaretten/Tag). Der Behörde zufolge deuten diese Zahlendarauf hin, dass Starkraucher öfter zur E-Zigarette greifen.

Auch der Konsumgüter-Analyst Mintel legte Zahlen zur E-Zigarette vor. Der Anteil der Raucher bzw. Ex-Raucher, die die E-Zigarette zur Befriedigung des Rauchverlangens nutzen, sank von 69% (2014) auf 62% (2016). Währenddessen bleibt der Anteil anderer Mittel zum Tabakstopp auf demselben Niveau (etwa 15% bei Kaugummi bzw. nichtverschreibungspflichtigen Produkten). Das Wachstum der E-Zigarette hat sich in UK verlangsamt, während der Markt der Nikotinersatztherapien stagniert. Daneben wird ein Rückgang der Raucherquote von 33% (2014) auf 30% beobachtet. Die Agentur erklärt die Lage u.a. mit dem mangelnden Informationsstand in der Bevölkerung über die E-Zigarette.

Währenddessen ergab eine Studie von Dr. John Ayers (San Diego State University) und Kollegen einen Motivationswechsel bei Dampfern vom Tabakstopp (43%, 2012) hin zum sozialen Image (37%, 2015). Die Forscher werteten dazu 3 Mio. Twitter-Nachrichten aus.

Einordnung/Empfehlung: Die Erhebung der britischen Statistikbehörde bietet Befürwortern und Kritikern Ansatzpunkte. Sie schwächt die Aussagen der Gateway-These ab und deutet auf die Rolle der E-Zigarette beim Tabakstopp hin. Jedoch können Kritiker den erhöhten Tabakkonsum bei paralleler Nutzung bzw. nach dem Absetzen der E-Zigarette als Beleg werten, dass die E-Zigarette den Nikotinkonsum fördere.

Die Mintel-Erhebung deutet nicht das Ende der E-Zigarette an. Wie in anderen Märkten auch, kommt es nach einem deutlichen Wachstumsschub zu einer „Normalisierung“. Beachtenswert sind die Schlussfolgerungen. Es wird empfohlen, deren Aussagekraft für Deutschland zu eruieren und bei Bedarf die externe Kommunikation anzupassen. Zudem bietet der Mintel-Bericht einen Argumentationsansatz ggü. Stakeholdern, die Kundenkommunikation nicht übergebührend zu beschränken.

Ayers' Studie unterminiert hingegen die eigene These, dass Kunden vor allem zum Tabakstopp dampfen. Hier sind Stakeholdern die Unterschiede zum US-Markt zu erläutern.

Quelle: ons.gov.uk, belfasttelegraph.co.uk, theguardian.com, mintel.com, telegraph.co.uk, journals.plos.org, medicalxpress.com, livescience.com, sciencedaily.com

Datum: 03.03.2017, 01.03.2017

Meldung: Laut einer Studie der Universität Buffalo nehmen Dampfer, die E-Zigaretten täglich nutzen, diese als ebenso befriedigend bzw. befriedigender und risikoärmer wahr als Tabak-Zigaretten. Je weniger Personen E-Zigaretten konsumierten, desto höher würde sie deren Risiko einschätzen. Der Irrglaube über das Risiko könne dazu führen, dass Raucher nicht wechselten, so Prof. Lynn Kozlowski. Auch die Befriedigungsempfinden sei maßgeblich für einen Wechsel. Die Autoren sehen damit die Gateway-These geschwächt, denn es ergäbe sich kein Grund für Dampfer zur Tabak zu wechseln.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie unterfüttert die Forderung nach maßvoller Regulierung von Inhaltsstoffen. Nur ein Produkt, was die Konsumenten annehmen, kann zum Tabakstopp – und so zu den deutschen Gesundheitszielen beitragen. Die Studie eignet sich für Stakeholdergespräche.

Quelle: sciencedirect.com (Studie), buffalo.edu, newkerala.com, news-medical.net

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 06.03.2017

Meldung: Das britisch-südafrikanische Magazin „Biznews“ befasst sich mit Einheitsverpackungen (Plain Package). Demzufolge senkten diese die Raucherquote. Jedoch versuche die Tabakbranche doppelten Profit zu schlagen: Mit dem Engagement gegen Einheitsverpackungen und Forderungen pro E-Zigarette können Tabakfirmen von beiden Märkten profitieren, da viele Raucher parallel dampfen würden. Damit wird der Gesundheitsvorteil der E-Zigarette unterlaufen, so Tabakgegner.

Einordnung/Empfehlung: Studien zur Wirkung von Einheitsverpackungen sind oft nur bedingt Aussagekräftig, da sie z.T. nicht (alle) Rahmenfaktoren wie z.B. parallele Steuererhöhungen berücksichtigen. Plain Package ist dennoch für die E-Zigarette von Belang, da es sukzessive auch in Europa eingeführt wird und die Regulierung der E-Zigarette der Tabakregulierung angepasst wird. Es wird empfohlen, Stakeholder auf den doppelten Profit der Tabakbranche aufmerksam zu machen, wenn E- und Tabakzigarette weiter angeglichen reguliert werden.

Quelle: biznews.com

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 10.03.2017, 02.03.2017

Meldung: BAT will bis 2019 die Anzahl der Märkte, in denen das Unternehmen E-Zigaretten verkauft, vervierfachen. Aktuell sind es 12 Staaten. Für 2017 sind 12 neue Märkte geplant. Jedoch bewerten Analysten BAT's E-Zigaretten nicht als besser als die der Wettbewerber. Derweil melden Beobachter Zweifel auch an der Güte von BAT's Heated Tobacco-Produkt „Glo“ an. Es müsse besser als PMI's iQOS sein, wenn BAT hier bestehen möchte. BAT plant, 2017 Glo im Testmarkt Japan landesweit zu vertreiben. BAT hat eine Broschüre her-

ausgegeben, die bisherige Erfolge, Produkte, Stellungnahmen zu Forschungsergebnissen und einen ersten Ausblick auf BAT's Pläne umfasst.

Einordnung/Empfehlung: BAT generiert über die Hälfte seines Umsatzes in Entwicklungsmärkten (Afrika, Asien) und ist dort stärker verankert als der Wettbewerb. Jedoch sehen Beobachter mit dem Kauf von Reynolds eine Hinwendung zu den etablierten Märkten. Aufgrund der Expansionspläne ist mit einem verstärkten Wettbewerb seitens BAT und anderer Tabakfirmen zu rechnen – inkl. Lobbymaßnahmen.

Quelle: ft.com, bat.com, bat.com (Broschüre), fool.com

Datum: 06.03.2017, 02.03.2017, 27.02.2017

Meldung: PMI setzt weiter auf risikoreduzierte Produkte und geht davon aus, dass diese die Tabakzigarette ablösen werden. Das Unternehmen expandiert weiter und plant den Verkauf von iQOS in Israel, was dort nicht unkritisiert bleibt. Israel will iQOS zulassen und orientiert sich bei dieser Politik an den USA. Beobachter gehen davon aus, dass iQOS in näherer Zukunft weiter bedeutend für die Entwicklung von PMI sein wird. Laut PMI besteht eine enorme Nachfrage nach iQOS.

Einordnung/Empfehlung: Die neuesten Positivnachrichten zur Unternehmensperformance sind nicht nur dem Absatz geschuldet, sondern auch den für PMI günstigen Wechselkursbedingungen. Es zeichnet sich zunehmend ein Wettlauf zwischen PMI und BAT ab, was mittelfristig aus Auswirkungen auf den deutschen Markt haben wird.

Quelle: biznews.com, tobaccojournal.com, fool.de, fool.de, jpost.com, jpost.com

Datum: 02.03.2017, Februar

Meldung: Der Bundesverband der Zigarrenindustrie (BDZ) und die „Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten“ (NGG) appellieren in einem gemeinsamen Schreiben, bei der laufenden Tabakregulierung die Besonderheiten der Zigarrenindustrie – klein-mittelständische Branche, kein Schmuggelgut, spricht nur Erwachsene an, stark ausdifferenziertes Portfolio – zu berücksichtigen. Die Branche befürchtet u.a. Nachteile durch die Umsetzung des FCTC-Protokolls zur Bekämpfung des Tabakschmuggels (Report 40).

Einordnung/Empfehlung: Der BDZ führte ähnliche Argumente im Zuge der TPD2 und deren Umsetzung in nationales Recht an – und fand [wenig Gehör](#). Ein Anzeichen, dass der Regulierer in diesem Fall wirtschaftliche Aspekte weniger gewichtet als die Einschränkung des Tabakkonsums.

Quelle: zigarren-verband.de, aerztezeitung.de

3. Termine

 Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
Start 08.03.2017	Jugendfilmtage „Nikotin und Alkohol – Alltagsdrogen im Visier“	BZgA, PKV	deutschlandweit	rauch-frei.info
14.03.2017	„Herausforderungen sozialdemokratischer Drogenpolitik“	SPD-Bundestagsfraktion	Lüneburg	spdfraktion.de
16./17.03.2017	Kongress Armut und Gesundheit 2017	Gesundheit Berlin-Brandenburg	Berlin	armut-und-gesundheit.de/
19.03.2017	Außerordentlicher Bundesparteitag	SPD	Berlin	spd.de
22.03.2017	Diskussionsveranstaltung „Gibt es eine große Gesundheitsreform?“	Interessengemeinschaft Betriebliche Krankenversicherung	Berlin	bkv-verein.de
22.03.2017	Veranstaltung zu „Digitalisierung und Mittelstand“	Friedrich-Naumann-Stiftung	Berlin	freiheit.org
23.03.2017	Parlamentarischer Abend	Deutsche Krebsgesellschaft	Berlin	gerechte-gesundheit.de
26.03.2017	Landtagswahl Saarland	Landeswahlleiter	Saarland	bundestag.de
29.03.2017	Wirtschaftsgespräch zu Innovation	CDU/CSU-Bundestagsfraktion	Berlin	cducusu.de
29.03.2017	12. Kongress für Gesundheitsnetzwerker	Berlin Chemie AG	Berlin	-
01.04.2017	Festakt 70 Jahre JU Hamburg	JU Hamburg	Hamburg	junge-union.de
06.04.2017	Politisches Frühstück mit BM Johanna Wanka zu Innovationspolitik	Berlin Capital Club	Berlin	berlincapital-club.de
28.-30.04.2017	FDP-Bundesparteitag	FDP	Berlin	fdp.de
07.05.2017	Landtagswahl Schleswig-Holstein	Landeswahlleiter	Schleswig-Holstein	bundestag.de

Monitoringreport Nr. 42 (Kalenderwochen 9 und 10)

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
13.05.2017	Festakt 70 Jahre JU Bayern	JU Bayern	München	junge-union.de
14.05.2017	Landtagswahl NRW	Landeswahlleiter	NRW	bundestag.de
15./16.05.2017	40. fdr Suchtkongress	Verband der Drogen- und Sichthilfe	Berlin	fdr-online.info
16.-18.06.2017	Programmparteitag	Bündnis 90Die Grünen	Berlin	gruene.de
25.06.2017	Außerordentlicher Parteitag	SPD	Dortmund	spd.de
24./25.06.2017	Intersteam (Messe)	Ideen.express UG	Berlin	intersteam.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.